

Lernskript Sozialethik III: Ethik der Politik – WS 08/09

(Zusammenfassung von Aaron Turner)

1) Einführung: Glaube und Politik

- Politik [gr.: *polis*] als gemeinsame Ausgestaltung dessen, was alle angeht, durch alle / Mensch als „politisches Wesen“
- Politik als Gestaltung von Gesellschaft – Politik ist kommunikatives Handeln, folgt keinem einfachen Reiz-Reaktions-Schema, sondern muss viele Dinge berücksichtigen
 - => Politische Gestaltung des Zusammenlebens ist eine Frage von Moral und Ethik
- Religion kann nicht einfach in Politik getragen werden, Ethik muss dazwischengeschaltet werden
- Blick auf deutsche Politikgeschichte:
 - o Nachkriegszeit: unhinterfragte, selbstverständliche Vertretung der Katholiken auf politischer Ebene durch die CDU/CSU
 - o 60er/70er: kultureller Umbruch -> Emanzipation der Menschen von kirchlichen und staatlichen Autoritäten -> Diversifizierung politischer Optionen für Katholiken
- Konträre Meinungen: Glaube und Politik haben nichts miteinander zu tun <-> Glaube erfordert konkrete politische Handlungen (TdB)
 - => Selbst bei denselben moralischen Grundeinstellungen und Zielen gibt es unter Christen verschiedene Vorstellungen vom Weg dorthin
 - => Glaubenshaltungen suggerieren keine eindeutigen politischen Optionen -> notwendiges Dazwischenschalten der Ethik
- auch ein gemeinsamer Glaube kann also durchaus unterschiedliche politische Meinungen nach sich ziehen, man ist also auf den öffentlichen Diskurs angewiesen
- verschiedene Ebenen von Politik:
 - o „*polity*“: politische Ordnung, Verfassung (z.B.: Demokratie, Gewaltenteilung)
 - o „*policy*“: politische Inhalte, Programme und Ziele (z.B.: Grundsatzprogramme von Parteien)
 - o „*politics*“: politisches Handeln, Verhandeln, Taktieren (z.B.: das Verhalten eines Politikers, der auf die Wahlliste der Partei kommen will)

2) Kurze politische Ideengeschichte

- heutiges politisches Selbstverständnis und „Identität Europas“ ist geprägt von Geschichte: griechische Philosophie, römisches Recht, Christentum, Renaissance und Aufklärung
- Archaische Kulturen (Jäger & Sammler): konventionelle Moral, kein „Staat“, religiöse Legitimation und rituelle Stabilisierung von Macht
- Hochkulturen: Entstehung von „Staaten“ -> Voraussetzung: ökonomischer Überschuss (die Einen werden freigestellt, um über die Anderen zu herrschen) -> hierarchische Differenzierung
- Politische Philosophie der Griechen
 - o Platon: Anordnung der Gesellschaft nach den hierarchischen Seelenteilen & Tugenden -> Nährstand, Wehrstand und Lehrstand
 - o Aristoteles: Mensch als natürliches „politisches Wesen“ -> vers. Verfassungsformen möglich
 - ein Herrscher -> Monarchie (+, weil funktionierend) / Tyrannei (-)
 - Gruppe -> Aristokratie (+) / Oligarchie (-, weil nur Eigeninteressen)
 - alle -> Politie (+, gut funktionierend -> Aufgabenteilung) / Demokratie (-, weil „unvernünftige Masse regiert“)

- Römische Politikphilosophie: starke griechische Einflüsse, starke Bedeutung des Rechts und erste Ansätze der Gewaltenteilung
- Christentum in Antike und im frühen Mittelalter: Christen haben transzendenten Gott -> Staatsferne des frühen Christentums (Augustinus: civitas die [Gesellschaft Gottes] <-> civitas terrena [irdische Gesellschaft] / MA: Kaiser <-> Papst)
- Christentum in der Scholastik / der frühen Neuzeit: Kolonialreiche -> Frage nach Völkerrecht, Volkssouveränität / Luthers „Zwei-Reiche-Lehre“ (<-> Augustinus)
- Neuzeit / Aufklärung: Absolutismus; Ideal „*Utopia*“ von Thomas Morus; Machiavelli (Autonomie des Politischen, Machtprinzip, strategische Rationalität); Hobbes (Kontraktualismus); Locke (verbindliche Grundrechte, Repräsentation von Macht, Gewaltenteilung); Montesquieu (horizontal-vertikale Gewaltenteilung -> demokratisch organisierte Untereinheiten); Smith (Liberalismus: Schaffung eines Marktes); Rousseau (Volkssouveränität – *volonté de tou/volonté générale*); Unabhängigkeitserklärung USA (Menschenrechte); Frz. Revolution; Kant (Würde des Menschen, Rechtsstaat)
 - => zwei Traditionslinien: ökonomisch-eigeninteressierte (Hobbes)
 - & konsensorientierte (Rousseau)
- 19. Jh.: Soziale Frage -> Sozialstaat => Sozialismus (Marx) und Nationalismus
- Heute: Bürgerliche Rechte (politische Beteiligungs-, soziale und kulturelle Rechte) -> immer stärker werdende Subjektivität mit der Forderung nach individuellen Rechten
- Aktuelle Herausforderungen: zunehmende Steuerungsprobleme durch funktionale Differenzierung und der globalen Dimension anstehender Probleme (Klimawandel, internationale Finanzkrise), neue soziale Fragen (Bildung, Migration)

3) Demokratie, Mehrheitsprinzip und Verfassung

- **Rechtfertigung des Staates**
 - o Staat als „legitimierte Macht“ – oftmals erst nachträglich legitimiert
 - o Warum überhaupt Staat? Gedankenexperiment als moraltheoretische Rechtfertigung des Staates: Nachteile des Naturzustandes (kein Schutz, muss sich um alles selbst kümmern) haben zur Folge, dass Individuen ihre Macht an eine Zentralgewalt abgeben
 - o Zentralgewalt hat zu sorgen für
 - für öffentliche Güter, die nicht von privater Hand zur Verfügung gestellt werden können
 - Gefahrenabwehr von außen
 - Minimale soziale Absicherung
 - die Erstellung eines Rechts und die Durchsetzung desselben
- **Demokratie**
 - o Wie soll der Staat die Zentralgewalt das umsetzen? Mit welcher Herrschaftsform?
 - reiner Kontraktualismus (Vertragsabschluss nur aus Eigeninteresse, vgl. Hobbes) -> Gefahr der Exklusion mancher Gruppen oder unfairer Verträge
 - => moralische Bedenken
 - moralischer Kontraktualismus (keine persönliche Eigeninteressen, sondern Gleichheit und Solidarität in der Gruppe der Staatsgründer, vgl. Rousseau) -> Staat ruht auf allgemeinen, für alle gültigen Rechten
 - => nicht-triviale Voraussetzungen

- Kriterien, die es zu beachten gilt für eine Demokratie (= moralischer Kontraktualismus): Würde des Menschen, Gleichheit der Menschen, Autonomie des Menschen, Selbstgesetzgebung und -regierung
 - => Folgerung: strenges Konsensprinzip
 - => jeder muss immer einverstanden sein -> nicht praktikabel
- **Mehrheitsregel und Verfassung**
 - Mehrheitsregel
 - weil strenges Konsensprinzip nicht praktikabel ist, kommt als „praktikabler Ersatz“ die Mehrheitsregel zum Tragen
 - Voraussetzungen dafür sind: Konsens über Verfahren, Unantastbarkeit der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Reversibilität von Entscheidungen und Gewaltenteilung
 - Niederschrift der Voraussetzungen in der Verfassung
 - Verfassung enthält die grundlegenden Rechte (Menschenrechte etc.) und wichtigsten politischen Institutionen sowie die einzelnen Verfahren (Wahlen, Kompetenzen, Gesetzesverabschiedung etc.)
 - in D: Problem der Legitimation des GG -> keine offizielle Abstimmung damals, heute Legitimation durch funktionierende Praxis
 - Einzelne Verfassungsfragen
 - zu hohe Kosten und zu hoher Aufwand der direkten Demokratie -> stattdessen repräsentative Demokratie (Bevölkerung schickt Vertreter) / Verfassung muss Voraussetzungen (zeitliche Befristung der Vertretung, faire Bezugseinheiten) regeln
 - Parteien / Direktkandidaten; Mehrheitswahlrecht /Verhältniswahlrecht -> in D Kombination
- **Zivilgesellschaft**
 - Rolle der Zivilgesellschaft
 - Zivilgesellschaft als öfftl. Raum, in dem die Politik ihre Rationalität beweisen muss (diskursive Öffentlichkeit, Pressefreiheit, Freiheit zur Gründung von Vereinen und Parteien etc.)
 - Zivilgesellschaft sorgt für die Begrenzung des Einflusses von wirtschaftlicher Macht, Medienmacht, Expertenmacht auf die Demokratie durch die gleichen politischen Beteiligungsrechte eines Jeden und die Forderung nach Transparenz
 - Zivilgesellschaft prägt den Staat durch die Beteiligung an demokratischen Verfahren und bürgerschaftliches Engagement
 - in Zivilgesellschaft (Familie, Schule, Vereinen) muss Demokratie eingeübt und praktiziert werden
 - Zivilgesellschaft als eigentlicher Ort der „Souveränität des Volkes“ -> Wille des Volkes => Zivilgesellschaft hat hohe Bedeutung für Demokratie
 - Staat muss zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) fördern und sich deren Anliegen aneignen
 - Voraussetzungen für Zivilgesellschaft sind
 - gewisses Maß an Prosperität (Wohlstand) und soziale Absicherung, damit man sich um gesellschaftliche Dinge kümmern kann
 - funktionierende Öffentlichkeit und gebildete Bürger

- Herausforderung für die Zivilgesellschaft
 - Zunehmende Individualisierung und Partikularisierung und Pluralisierung
 - Spannung zwischen Nachhaltigkeit und aktuellen Modethemen
 - Weltweite, globale Zivilgesellschaft -> Kulturrelativität?
 - Rolle der Religion

4) Rechtsstaatlichkeit, Recht und Moral

- Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für Demokratie

- ohne Rechtsstaatlichkeit keinen Schutz der individuellen Rechte (politische Beteiligungsgerechtigkeit) -> weil man sie dann nicht einklagen könnte
- Schutz vor Machtmissbrauch, Korruption etc.

- Merkmale eines Rechtsstaates

- Unveränderliche, unmittelbar geltende Grundrechte
- Herrschaft des demokratisch legitimierten Rechts (keine willkürliche Gesetzgebung)
- Unabhängige Gerichtsbarkeit, faire Verfahren, Berufungsmöglichkeit und nicht-willkürliche Sanktionen
- Rechtssicherheit, keine rückwirkende Rechtsgeltung, aber Reformierbarkeit des Rechts

- Problem von Legalität (Recht) und Legitimität (moralische Qualität des Rechts)

- Unterschied zwischen dem was ich rechtlich darf und dem was ich moralisch darf -> Diskrepanz: Was legal ist, muss deswegen nicht legitim sein! (bzw. anders herum)
- Ist nur das Recht was irgendeine Instanz als gültig setzt? Warum ist das Recht verpflichtend? -> aus moralischer Einsicht oder aus Angst vor Sanktionen
- Vergleich von Recht und Moral / eigentlich müssen moralische und sanktionelle Verpflichtungen miteinander kooperieren

	RECHT	MORAL
UMFANG	Moralische und nicht-moralische Normen	Rechtliche und nicht-rechtliche Normen
URSPRUNG DER GELTUNG	Rechtsetzung in demokratischen Verfahren	Richtigkeit in sich
VERPFLICHTUNGSSCHARAKTER	äußerlich, erzwingbar	im Gewissen, oft nicht erzwingbar
SANKTIONEN	Rechtsfolgen, Strafen	informelle soziale Sanktionen, innere Sanktionen

- Ein Lösungsvorschlag: Legitimität durch diskursive Verfahren (von Habermas)

- Problem: Normsetzung unter Berufung auf ein allem übergeordnetes Vernunftrecht geht nicht (es gibt nicht *die* Vernunft aller), allerdings kann ich ein Übergeordnetes etwas (an dem sich Normen orientieren) nicht ersatzlos streichen, weil dem Recht dann das Moment der Unverfügbarkeit verloren geht -> Wie komme ich unter moralisch gerechtfertigten Gesichtspunkten zu einem legitimen Rechtssetzungsakt?
- Legitimität durch diskursive Verfahren: Gesetzgebungs- und Rechtssprechungsverfahren müssen um legitim zu sein im Diskurs von Unparteilichkeit und Rationalität geprägt sein
 - Rückbindung an Diskursethik und die entsprechenden Diskursregeln
 - Kriterien fairer Verfahren: Freiheit der Meinungsäußerung, Exklusionsverbot, Chancengleichheit, gleiche Repräsentanz der Betroffenen, Öffentlichkeit und Transparenz von Entscheidungsprozessen, Ausschluss von Befangenheit und unzulässiger Beeinflussung (Korruption) und Einbeziehung von unabhängigen Experten => Ziel: Unparteilichkeit und Rationalität zu gewährleisten

- dieses Verfahren sollte sowohl für staatliche Verfahren (Wahlen, Gerichtsverfahren) als auch für bürgerliche Verfahren (Vereinsatzungen etc.) gelten
- Zusammenfassung: Legitimität durch Legalität (= demokratische Verfahren)
 - Habermas'sche Diskurstheorie des Rechts arbeitet mit idealisierten Bedingungen
 - Umsetzung anhand von annähernd „idealen“ Diskursen im Rechtssystem und bei der Rechtssetzung

5) Übernationale Ebene des Politischen - Europäische Union [teilweise aktualisiert – Stand 09_2010]

- **Geschichte und allgemeine Informationen zur EU**

- Heute: Bund 27 demokratischer Staaten mit ca. 500 Millionen Einwohnern als potentester Wirtschaftsraum der Welt (größtes BIP) mit z.T. gleicher Währung
- **Geschichte:** Ansatz nach dem Weltkrieg -> Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“, aber pragmatischer Ansatz bei gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und Sicherung des Friedens
 - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 -> Europäische Wirtschaftsgemeinschaft & Atomgemeinschaft (EWG / EAG) 1957 -> Fusion von EGKS, EWG und EAG zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1967 -> Beitritt einiger Länder (England, Spanien, Griechenland etc.) in 70er und 80er -> Vertrag von Maastricht / Gründung der Europäischen Union (EU) mit dem Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion und gemeinsame Koordination der Außen- und Sicherheitspolitik -> Europäischer Verfassungskonvent 2003 -> Ratifizierung scheitert in FRA und NEL -> Entstehung des Lissabon-Vertrages -> nach einigen Ratifizierungskrisen im Dez 2009 in Kraft getreten
- **Beitrittsbedingungen**
 - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
 - Funktionierende Marktwirtschaft
 - Fähigkeit der Übernahme der Pflichten der Mitgliedschaft (Beiträge etc.)
 - Deckung der Landesinteressen mit den EU-Zielen
- EU als **Wirtschaftsgemeinschaft:** gemeinsamer Markt, Effizienzgewinne, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, frei handel- und transportierbare Güter in der EU (Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte)
- **Institutionen**
 - Exekutive: Europäische Kommission
 - Legislative: Initiativrecht der Europäischen Kommission, Rat der Europäischen Union (= Regierungschefs und Ministerrat) und Europäisches Parlament
 - Judikative: Europäischer Gerichtshof
 - und Europäischer Rechnungshof => komplexe Beratungsstrukturen

- **Die EU als demokratische Instanz – Demokratiedefizit?**

- Ausgangspunkt: Naturzustand zwischen den Staaten -> zunehmende wirtschaftliche Verflechtung, gemeinsame Probleme (Umwelt), gemeinsame Friedenspolitik -> viele Dinge nur transnational lösbar, deswegen Machtverlust der Nationalstaaten
- durch Schaffung transnationaler Governance-Strukturen (= EU) will man wieder mehr Macht bekommen -> Wie sehen die demokratischen Strukturen der EU aus?

- **Demokratie-Defizit der EU**
 - Legislative der EU besteht aus nationalen Exekutiven (nur indirekte, mittelbare Legitimation der EU-Kommission), nur schwache Stellung des EU-Parlaments -> kein Initiativrecht (auch nach Vertrag von Lissabon)
 - Handlungsunfähigkeit der EU-Institutionen (Gefühl: „Die kommen nicht zu Potte...“)
 - Bürgerferne / kaum europäische Öffentlichkeit oder europäische Zivilgesellschaft – kaum EU-weite, übernationale politische Auseinandersetzungen
 - Fehlende demokratische Akteure auf EU-Ebene – nur schlecht bekannte Parteilbildung
 - sehr unterschiedliche Identifikation mit der EU in vers. Ländern – auch Sprachhindernis
- **Ziele weiterer Reformen** sollen sein
 - Europäische Verantwortung der nationalen Regierungschefs
 - Bewusstseinswandel: weg von nationalistischer Sicht, europäische Perspektive soll eingenommen werden
 - Schaffung höherer Identifikation mit der EU
 - Stärkung des Europäischen Parlaments
 - Höhere Transparenz der Arbeit
 - in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Umweltpolitik mit „einer Stimme sprechen“
- EU als Wertegemeinschaft? -> eher nicht, allenfalls minimale gemeinsame Basis an gemeinsamen Werten
- **Der Vertrag von Lissabon und die Zukunft der EU**
 - **Scheitern des Verfassungsvertrages** (keine Verfassung im engeren Sinne, EU bliebe Staatenverbund)
 - durch gemeinsamen Verfassungskonvent entstanden (-> Maßnahme gegen Demokratiedefizit)
 - sollte alle bisherigen Verträge ersetzen und mehr Bürgerbeteiligung sichern
 - Scheitern bei Referenden 2005 wegen mangelnder Transparenz
 - **Vertrag von Lissabon** als Folge des Scheiterns des Verfassungsvertrages: kein Ersetzen alter Verträge, sondern Ergänzung
 - Ausarbeitung von Kommissionen
 - Ziele: Grundrechtskatalog auf europäischer Ebene, mehr Demokratie, mehr Transparenz, verbesserte Handlungsfähigkeit
 - Konkrete Inhalte: Präsident des Europäischen Rates, Verkleinerung der Europäischen Kommission, „Hoher Vertreter der Außen- und Sicherheitspolitik“, klare Zuständigkeiten
 - Ratifizierungskrise (zunächst Ablehnung der Iren) -> Inkrafttreten im Dez 2009
 - Weitere Reformen notwendig um das von der EU 2001 (-> Gipfel von Laeken) selbstgesteckte Ziel der „Erhöhung der demokratischen Legitimität der EU“ zu erreichen

6) Übernationale Ebene des Politischen – UNO, Global Governance, Völkerrecht

- **Das Grundproblem: Überwindung des Naturzustandes zwischen den Völkern**
 - o Ist eine über das Völkerrecht hinausgehende weltweite Zusammenarbeit möglich, notwendig, moralisch geboten?
 - Kant (1795): Kritik am europäischen Staatensystem, dass sich seiner Meinung nach in der Zusammenarbeit wie die „Wilden“ benehme
- **Kirchliche Äußerungen dazu**
 - o Pacem in Terris (1963): Überwindung des Naturzustandes zwischen den Völkern gefordert
 - Forderung der Regelung des gemeinsamen Lebens auf der Erde mit gemeinsam erarbeiteten, vernünftigen Gesetzen
 - im Sinne des allgemeinen Wohls aller Völker (vernünftige Begründung) ist es erforderlich „eine universale politische Gewalt einzusetzen“
 - Vereinten Nationen sollen sich dem entsprechend weiterentwickeln
-> Hauptaufgabe einer globalen Macht: „die Rechte der menschlichen Person schützen“
 - o Ansprache Benedikt XVI vor der UNO (2008): Wertschätzung für die Vereinten Nationen
 - Vatikan selbst hat einen Sitz – Besonderheit ggü anderen Religionsgemeinschaften
 - Kirche versucht ihre Erfahrungen in den internationalen Diskurs einzubringen
 - Einsatz für Religionsfreiheit auf der ganzen Welt
 - Sprache von der „Menschheitsfamilie“
 - Theologisch: Schöpfung, alle Kinder Gottes
 - Vernünftig: Würde aller Menschen, zunehmende Dichte weltweiter Kooperationen, wachsende transnationale Solidarität
 - o DBK / EKD – Sozialwort der Kirchen 1997: Notwendigkeit des solidarischen und verantwortlichen Miteinander in der Völkergemeinschaft – nationale Wege reichen in vielen Bereichen (Umwelt, Finanzmärkte etc.) nicht mehr aus
- **Die UNO** [= United Nation Organization / = Vereinte Nationen]
 - o Vorläufer: 14-Punkte-Plan von Wilson (1918), Völkerbund (1920-1947)
 - o Gründung: Charta der Vereinten Nationen (Konferenz von Jalta 1945)
-> Unterschrieben von 51 Gründungsstaaten / heute 192 Mitgliedsstaaten
 - o **Charta der Vereinten Nationen** (unter dem Eindruck des 2. WK) – Ziele: weltweite Sicherheit - Weltfrieden, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann/Frau und von großen/kleinen Nationen, Weltordnungspolitik (-> Gerechtigkeit), sozialer Fortschritt und besserer Lebensstandard aller Völker
 - o **Menschenrechtserklärung** (1948)
 - o **Aufgaben der UNO**
 - Weltfrieden -> Gewaltlegitimationsmonopol der UNO (Staaten müssen vor Kriegsbeginn hier um Erlaubnis fragen)
 - Völkerrecht
 - Menschenrechte
 - Internationale Zusammenarbeit

- **Organe der UNO:** Generalversammlung, Sekretariat, Weltsicherheitsrat (wichtigstes Gremium), Internationaler Gerichtshof in Den Haag, Wirtschafts- und Sozialrat (inkl. unterstellten Organisationen IWF, Weltbank & WTO) und viele Spezialorganisationen (für Kinder – Unicef, für Gesundheit – WHO, für Erziehung & Kultur – Unesco,...)
- **Sozialethische Probleme der UNO**
 - Mangelnde Repräsentanz wichtiger Länder/Kontingente im Sicherheitsrat
 - Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder
 - Gleiche Repräsentanz aller Staaten in der Generalversammlung (unabhängig der Größe hat jeder Staat eine Stimme)
 - Mangelnde Durchsetzungskraft
 - Missachtung der UNO durch wichtige Staaten (insbesondere der USA)
 - Spiegelung realer Machtungleichgewichte in Sonderorganisation wie IWF oder Weltbank
 - Sind Vertreter bereit einen neutralen „moralischen Standpunkt“ zu beziehen, wenn es eigenstaatlichen Interessen widerspricht?
 - Internationaler Gerichtshof kann abgelehnt werden (siehe USA und China)
- **Notwendige Reformen**
 - Neue Zusammensetzung des Sicherheitsrates / Abschaffung des Veto-Rechts (unrealistisch)
 - Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen in der Generalversammlung
 - Effizienzförderung -> Reform der unübersichtlichen Organisationsstruktur
 - Stärkere Durchsetzungsmacht durch Stärkung des internationalen Gerichtshof -> Verantwortlichkeit von Staaten, nicht nur Einzelpersonen
- **Weltstaat?**
 - Realisierbarkeit: Akzeptanz durch bislang mächtigste Staaten? Gibt es Weltbürgerbewusstsein für notwendige Identifikation? Ausreichende Freiheit für Verschiedenheit der Kulturen? Notwendigkeit einer weltweiten Zivilgesellschaft
 - Machtkontrolle des Weltstaates fraglich
 - => Weltstaat eigentlich nicht möglich!
- **„Global Governance“** (als mögliche Alternative zu einem Weltstaat bzw. -regierung)
 - Unterschiedliche Begriffsverwendung: „Global Governance“ (GG) als
 - Neorealismus: gemeinsame Politik allein durch eigene Interessen gefördert
 - = aktuelle internationale Politik der Staaten
 - Universalistischer Minimalismus: minimaler Konsens ist zu finden (bspw. Menschenrechte), darauf GG aufbauen
 - Globalismus: Weltgemeinschaft organisiert sich als Weltföderalismus und hat ein über ein Minimum hinausgehende Ziele (bspw. Gerechtigkeit für alle Menschen)
 - Global Governance: "Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben." (Messner) -> Wegkommen von nationalstaatlichen Interessen dominierter internationaler Politik
 - Keine Beschneidung der Souveränität der Nationalstaaten

- Träger und Akteure einer solchen Weltordnungspolitik sind neben den Nationalstaaten auch UN-Organisationen, Zivilgesellschaft (NGOs), Wirtschaftsunternehmen, Religionsgemeinschaften, Lokalpolitik etc.
 - Aufrechterhalten des Subsidiaritätsprinzips, Nationalstaaten bleiben souverän
- Handlungsbereiche für Global Governance: Frieden, Völkerrecht, Menschenrecht, Welthandeln, Migrationsprobleme, Umwelt, Armutsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung, globale Kommunikation, humanitäre Interventionen
 - zum Teil heute bei der UNO angesiedelt
- Probleme des GG
 - Durchsetzbarkeit gegen staatliche Partikularinteressen
 - Notwendiges weltweites Solidaritätsbewusstsein -> Gefühl einer echten „Menschheitsfamilie“
 - Verbindlichkeit von Entscheidungen?
 - Demokratische Legitimation schwierig, da keine Wahlen etc.

7) Moral in der Politik? – Politische Tugenden von Bürgern und Politikern

- Neuentdeckung der Tugenden in der Ethik

- Tugenden galten lange Zeit als überholt, Vertragstheorie und ihre Anreiz- bzw. Sanktionssysteme galten als entscheidend
- Heute: Es braucht Tugenden, weil nicht alles regelbar und kontrollierbar -> komplexe Sachverhalte nicht immer nur über Sanktionen regelbar
- Neuentdeckung der Tugenden
 - Niederschlag in Leitbildern von Konzernen etc.
- Tugend wichtig – benötigt aber immer begleitend das Recht: **Tugendethik ersetzt kein Recht, aber notwendige Ergänzung**
- Was sind Tugenden?
 - Innere Haltung, das Gute zu tun – aus Neigung handeln
 - Innere Haltung / Neigung durch Erziehung, Bildung, moralische Einsicht, Erfahrung und Übung
 - Klassische Tugenden: Kardinaltugenden (Klugheit, Tapferkeit, Maß und Gerechtigkeit) – Christliche Tugenden (Glaube, Liebe und Hoffnung)

- Warum politische Tugenden? Was sind politische Tugenden?

- ein demokratischer und rechtstaatlicher Staat funktioniert nur mit tugendhaften, moralischen Bürgern -> diese Bedingung kann er aber selbst nicht garantieren => Dilemma-Situation: Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann!
- Politische Tugenden nach den vier klassischen Tugenden
 - Klugheit: Realismus, Sinn für das Mögliche, strategisches Geschick
 - Tapferkeit: Zivilcourage, Vertreten eines eigenen Standpunktes (auch als Minderheit)
 - Maß: differenzierende Aussagen, Kompromissbereitschaft, Zähmung des eigenen Egoismus
 - Gerechtigkeit: Gehorsam gegenüber den Gesetzen, Einsatz für sozialen Ausgleich
- weil in Demokratie alle Bürger am politischen Leben teilhaben sollen, müssten alle Bürger die politischen Tugenden besitzen – im Besonderen aber die Politiker, Journalisten und Interessenvertreter

- Politiker brauchen im Besonderen, um ihren Beruf besondere Tugenden: Leidenschaft (Hingabe an die Sache), Verantwortungsgefühl (Folgen beachten), Augenmaß & Distanznahme („Blick fürs Ganze“) und Ausdauer („Bohren dicker Bretter“) -> besondere Gefährdung durch Eitelkeit und Macht
- Erwerb und Pflege von politischen Tugenden
 - Demokratie als Lebensform, demokratische Erziehung
 - Einüben demokratischer Entscheidungsprozesse (in Schule, Jugendarbeit,...)
 - Erfolgserlebnisse bei demokratischen politischen Aktionen (ansonsten Frustration)
 - Vorbilder
 - Voraussetzung zum Erwerb politischer Tugenden sind echte Partizipationschancen mit Mitbestimmungsmöglichkeiten von klein auf
- **Demokratie braucht Tugenden (DBK & EKD 2006)**
 - Situationsanalyse: Politikverdrossenheit / geringe Wahlbeteiligung -> Krise des politischen Systems und der politischen Kultur
 - Verantwortung der Kirchen: historische Zurückhaltung gegenüber der Demokratie abgelegt, heute sogar Förderung -> Mitverantwortung der Christen als Bürger
 - Demokratie muss immer wieder gelebt und bestätigt werden -> ansonsten Aushöhlung
 - Freiheitliche Institutionen können nur funktionieren, wenn Verhaltensanforderung an die politisch Handelnden erfüllt werden -> Institutionen können den Akteuren nicht die Verantwortung für das Gemeinwohl abnehmen – sie sind auf gewisse Verhaltensstandards angewiesen
 - für die Verfassung und Aufrechterhaltung einer Demokratie sind also sowohl rechtlich bestimmte Institutionen als auch nicht rechtlich regulierte Verhaltensmuster (=Tugenden) nötig
 - Erwartung an Bürger: Einhaltung von Spielregeln, Akzeptanz der Verfahrensergebnisse, Engagement für die Anliegen der Bürgerschaft (Informieren, eigenen Standpunkt einbringen) -> Minimum: Wahlrecht verantwortungsbewusst wahrnehmen
 - Erwartung an Politiker (> Bürger): Verantwortung vor dem ganzen Volk (Gemeinwohl und Zukunft), Erarbeitung und Vertretung von Standpunkten (aber entlang der eigenen Überzeugungen, keine Umfrageorientierung), Kooperationsbereitschaft und Unbestechlichkeit
 - Erwartungen an Journalisten: Medien als „Vierte Gewalt“ -> verantwortungsbewusster Umgang, Ausgleich zw. Einschaltquoten und Sachlichkeit, Unterscheidung Bericht – Kommentar, keine Instrumentalisierung für Politik

8) Rolle der Kirche in der Demokratie

- **Geschichte der Haltung der Kirche zur Demokratie**
 - Frz. Revolution: Papst und Bischöfe lehnen Volkssouveränität und Menschenrechte ab
 - Urvater der Verbindung von Kirche und Demokratie: **Félicité de Lamennais** (* 1782 / + 1854 -> kath. Priester und Verfasser politischer Schriften)
 - 1. Phase: Vertreter des Ultramontanismus / Offenheit gegenüber der Demokratie, wenn sie durch Kirche durchdrungen ist

- 2. Phase: Unterstützung der Juli-Revolution 1830 / Zusammenarbeit mit Liberalen -> Forderung nach Trennung von Staat und Kirche / massive Kritik seitens der Amtskirche (Enzykliken „*Mirari vos*“ und „*Singulari vos*“)
 - 3. Phase: Kritik an Kirche als Gegnerin der Demokratie / Bruch mit Kirche / Vertreter des „christlichen Sozialismus“
 - Gregor XVI: „***Mirari vos***“ (1832)
 - „unrechte, dreiste Wissenschaft und zügellose Freiheit verachten die Heiligkeit gottgeweihter Dinge“ / „törichte und falsche Ansicht für jeden Gewissensfreiheit und Meinungsfreiheit zu fordern“ -> sehr kulturpessimistische Sicht, kein Angriff auf Demokratie direkt, sondern auf tiefer liegende Gewissens- und Meinungsfreiheit
 - Ansicht, dass Herrschaft nur über Gott legitimiert werden kann, nicht säkular über Gesellschaft
 - Pius IX: „***Syllabus errorum***“ (1864) – Verurteilung von u.a. folgenden Thesen
 - Jedem Menschen steht es frei seine Religion zu wählen -> Religionsfreiheit
 - Leitung des öfftl. Schulwesens soll der staatlichen Autorität anvertraut werden
 - Kirche und Staat sind voneinander zu trennen
 - Bürgerliche Gesetze können und sollen von göttl. und kirchl. Lehre abweichen
 - Papst muss sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Zivilisation aussöhnen
 - **Stationen der weiteren Entwicklung**
 - Leo XIII: „*Libertas praestantissimum*“ (1888) -> „distanzierte Neutralität“ gegenüber Demokratie, noch keine positive Wertung
 - Pius XII: Weihnachtsansprache (1944) -> „offene Neutralität“, Öffnung zu demokratischen Regierungssystemen
 - Johannes XXIII: „*Pacem in Terris*“ (1963) -> „positive Neutralität“, noch keine Einforderung
 - Vat.II: „*Gaudium et Spes*“ (1965) -> Demokratie steht „in vollem Einklang mit der menschlichen Natur“
- **Heutige Position**
 - Centesimus Annus (1991)
 - Kirche weiß das demokratische System „zu schätzen“ (Kap. 46), insofern sie den Bürgern ausreichend Partizipationsmöglichkeiten gibt -> keine grenzenlose Legitimation (Erfahrungen JP II aus Polen)
 - „Wahre“ Demokratie nur mit der richtigen Auffassung vom Menschen möglich / Demokratie braucht für ihr politisches Handeln eine „letzte Wahrheit, die Orientierung gibt (Kap. 46) -> z.T. Reserve gegenüber aktueller Demokratie, weil dort die Grundlage der Agnostizismus und der Relativismus sei
 - Richtig an diesem Demokratieverständnis
 - Konsequenter Relativismus würde Demokratie vernichten -> aber deswegen ja Rechtstaatlichkeit, der die Geltung von Grundrechten auch gegen menschenrechtsverletzende Mehrheitsentscheidungen durchsetzt
 - Man kann einen Wahrheitsanspruch erheben und zugleich Demokrat sein – man muss das eigentlich auch
 - Wahrheit ist nicht durch demokratische Verfahren bestimmbar (ist aber auch nicht Aufgabe der Demokratie, sondern nur das Treffen von Entscheidungen)

- Probleme dieses Demokratieverständnisses
 - Was ist diese grundlegende Wahrheit? Worauf bezieht sich der Wahrheitsanspruch?
 - Wer kann ihn erheben? Wie wird diese Wahrheit erkannt? Kirche? -> Wer hat innerkirchlich das „letzte Wort“?
 - Welche Ansprüche auf Wahrheit kann Kirche berechtigterweise in einer demokratischen Gesellschaft erheben?
 - Was ist zu tun, wenn demokratische Entscheidungen der Wahrheit widersprechen? Darf man demokratische Spielregeln verlassen, um diese Entscheidungen zu bekämpfen?
- **Aufgabe/Rolle von Kirche in demokratischer Öffentlichkeit**
 - Christlicher Glaube fordert Eintreten für Gerechtigkeit -> dieses Eintreten muss gelebt werden um der Glaubwürdigkeit willen (praxeologisches Glaubensverständnis)
 - Welche Politik dient der Gerechtigkeit?
 - Binnendiskurs unter Gläubigen: Ethischer und theologischer Diskurs (Tradition beachten aber auch kritische Absetzung)
 - Kirche muss sich am zivilgesellschaftlichen Diskurs (= sozialwissenschaftlicher und ethischer Diskurs) beteiligen:

	polity (=Verfassung und grundlegende Rechte)	policy (=politische Programme)	politics (=einzelne politische Entscheidungen)
Einzelne Gläubige	Beteiligung als Bürger mit christlicher Motivation, Dialog in Gemeinde	Beteiligung als Bürger mit christlicher Motivation, Dialog in Gemeinde	Beteiligung als Bürger mit christlicher Motivation, Eigeninteressen
Kirchliche Verbände	möglichst gemeinsamer Auftritt mit Hierarchie, sonst unglaubwürdig	Partikulare Interessenvertretung des Verbandes entsprechend, allerdings Bewusstsein nicht die gesamte Kirche zu vertreten	Binnendemokratie mit anderen kirchlichen Verbänden und evtl. anderen Meinungen, Eigeninteressen
Kirchliche Hierarchie	Wächteramt, Rahmenordnung: „Politik möglich machen“, in Ausnahmesituation ziviler Ungehorsam?	beratend und orientierend, Binnendiskurse organisieren, aber keine Wahlempfehlungen	Mit Vorsicht und Zurückhaltung beratend, Binnendiskurse organisieren, Eigeninteresse der Kirche als Institution sollte keine Rolle spielen

- Kirchliche Meinung eher bei Grundfragen wichtig, bei Einzelfragen hat sie nicht immer das notwendige Fachwissen
- Einzelfragen: Christen können trotz gemeinsamer Grundlage zu anderen Urteilen kommen (GS 43)
- **Demokratie in der Kirche**
 - Kirche nach ihrem Selbstverständnis
 - kein Staat, kein Zusammenschluss von Menschen, sondern gottgewollte und in ihm begründete Gemeinschaft -> konstituiert sich nicht nach dem Willen der Gläubigen, sondern sakramentale Struktur
 - Demokratie also nicht so einfach auf die Kirche übertragbar, hierarchische Ordnung deswegen irgendwo schon berechtigt
 - Aber: bisher immer zeitbedingte Orientierung der Kirche an den die Kirche umgebenden politischen Herrschaftsformen (vgl. römisches Kaisertum und Absolutismus) -> heute evtl. Orientierung an Demokratie

- Trotzdem – auch wenn man Demokratie nicht einfach auf die Kirche übertragen kann
 - „Volk Gottes“/ „communio-Gedanke“ des Vat. II und gemeinsames Priestertum als Legitimation der Laien um ihren Beitrag zum „Sensus fidelium“ (Konsens der Glaubenden) beizutragen
 - Kollegialität der Bischöfe (inkl. Papst) -> Leitung sollte kollegial erfolgen
 - einige bestehende demokratische Elemente: Bischofswahlen durch das Volk (historisch), Wahl der Ordensoberen, Papstwahl und synodale Strukturen (Räte etc. auf verschiedenen Ebenen: Pfarrei, Diözese, Land)
- Buch von Ratzinger/Mayer (bayr. Kultusminister) 1970: Demokratie in der Kirche
 - Offenheit der Kirche für demokratische Strukturen
 - Radiusbegrenzung des Geistlichen Amtes auf geistliche Aufgaben / Finanzverwaltung, Bauwesen etc. kann demokratisiert werden
 - Unabhängige Rechtspflege – aktuell kein Berufungsverfahren gegen Papstentscheidung möglich
 - einzelne Gemeinden sollten bei Besetzung des Geistlichen Amtes Mitspracherecht haben (Ineinander von Gemeinde und Gesamtkirche)
 - kollegiale Strukturen zwischen Bischof und Gläubigen schon in der frühen Kirche: „*nihil sine episcopo, nihil sine consilio vestro*“ (Cyprian)
- Denkbare Weiterentwicklungen
 - Stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Personal-, Finanz- und Organisationsentscheidungen
 - Pluralismus im „Volk Gottes“ erfordert ständigen Dialog um die „Einheit in der Vielfalt“ aufrecht zu erhalten -> mehr Konsultation bei Fragen der kirchlichen Rechtssetzung, Stellungnahmen zu aktuellen Fragen und Fragen der Glaubens- und Sittenlehre
 - Stärkere synodale Strukturen als äußeren Zeichen der Wahrnehmung und des Ernst-Nehmens des Priestertum aller Gläubigen
 - Anerkennung legitimer Pluralität auch in der Kirche (analog zu den im Vat. II ausdrücklich zugestandenen Meinungsdivergenzen in politischen Fragen) -> Was ist an gemeinsamer Identität notwendig, um von *einem* gemeinsamen Glauben zu sprechen?
 - Jeder Gläubige hat laut dem CIC eine Art „Grundrechte“ (freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinsgründung) bei Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl der Kirche -> Frage nach dem Rechtsschutz solcher Rechte führt zur Forderung nach einem Ausbau einer eigenständigen (vom Papst unabhängigen) Gerichtsbarkeit
 - Kriterien für Weiterentwicklung: Evangelium und gesamte kirchliche Tradition (≠ nur Ultramontanismus)
- Zusammenfassung: für die Kirche scheint eine kluge und verantwortbare Kombination von hierarchischen Prinzip und demokratischen Prinzip am sinnvollsten

9) Katholische Kirche und Religionsfreiheit

- Das Grundproblem

- „Du sollst keine anderen Götter neben mir haben...“
 - Universeller Wahrheitsanspruch für religiöse Überzeugungen -> Intoleranz gegenüber anderen Religionen
 - Anerkennung der Religion notwendig für Heil -> Heil muss allen ermöglicht werden -> Mission
- Was ist mit Toleranz? -> Mehrere Komponenten des Toleranzbegriffs (nach R. Forst)
 - *Ablehnungskomponente* (Differenz) – tolerant kann ich nur gegenüber Etwas sein, das ich eigentlich ablehne
 - *Akzeptanzkomponente* (Übereinstimmung) – gemeinsame Basis aufgrund derer ich das Andere toleriere (bspw.: Religionsfreiheit)
 - *Begrenzungskomponente* (Nicht-Tolerierbares) – kann etwas nicht tolerieren, weil sonst meine Akzeptanzkomponente verloren geht (bspw.: religiöse Menschenopfer widersprechen der Freiheit des Menschen)
- Toleranzkonzeptionen (R. Forst)
 - Erlaubniskonzeption (aus Großzügigkeit toleriere ich Etwas)
 - Koexistenzkonzeption (Toleranz aus strategischen Gründen – vgl. Westfäl. Frieden)
 - Respektkonzeption (aus Respekt vor menschlichen Rechten toleriere ich Etwas)
 - Wertschätzungskonzeption (Toleranz wegen Wertschätzung des Anderen)

- Die aktuelle Position der katholischen Kirche (Vaticanum II)

- Erklärung zur Religionsfreiheit („Dignitatis humanae“) 1965
 - Kontext: Hintergrund (Erfahrung der Verfolgung während der NS-Zeit und in der Sowjetunion) / schwierige Vorbereitung, in Vorlage noch traditionelle Position
 - Zentrale Aussagen
 - Jeder Mensch soll sich auf die Suche nach seinem Heil machen
 - Katholisch = einzig wahre Religion, hat man sie einmal als solche erkannt besteht die moralische Pflicht ihr treu zu bleiben
 - Religionsfreiheit auf der Würde des Menschen (wie sie aus Offenbarung und Vernunft hervorgeht) gegründet – kein Mensch darf gegen sein Gewissen zu einer religiösen Handlung gezwungen werden
 - Religionsfreiheit soll bürgerliches Recht werden -> einklagbar
- Andere Texte
 - *Pacem in Terris* (1963 - noch etwas vage): „Jeder darf seine Religion privat und öffentlich bekennen.“
 - Konzilserklärung „Nostra Aetate“: Wertschätzung der anderen Religionen
 - JP II stellt Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Menschenrechtsforderung (viele Belege in verschiedenen Schreiben)

- Zur „Neutralität“ des Staates

- Religionsfreiheit als Grundrecht: Staat muss allen dies allen zugestehen und muss in religiösen Fragen „neutral“ bleiben -> Heißt das auch: Desinteresse?
- NEIN: Staat hat Interesse daran, dass Menschen im Leben einen Sinn finden und Verantwortung für das Gemeinwesen entwickeln -> Staat muss im Gegenteil Religion fördern, weil nur sie ihm die Voraussetzung geben kann, die er selbst nicht schaffen kann (vgl. Bockenförder-Zitat)

10) Kirche und Menschenrechte

- **Definition:** „grundlegende Rechte, die jedem Menschen als Menschen zukommen“
 - o Universelle Gültigkeit, für alle Menschen gleich, unabhängig von Ort und Zeit
- **Historischer Überblick**
 - o bis in die Renaissance (15./16. Jh.: Wert des Menschen -> Humanismus) keine für alle geltende individuelle Rechte
 - o Aufklärung (17./18. Jh.: Hobbes, Kant, Rousseau) erklärt Autonomie des Einzelnen
 - o Neuzeitliche Revolution (Unabhängigkeitserklärung der USA, Erklärungen im Rahmen der Frz. Revolution): Rechte (für weiße Männer [und z.T. für Frauen) werden festgeschrieben, allerdings noch nicht an Universalisierbarkeit gedacht
 - o 1948: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die UN -> weitere Konkretionen in den Folgejahren
 - o In Deutschland: Weimarer RV schafft Standesunterschiede ab, noch keine juristische Einklagbarkeit -> diese erst im GG von 1949
- **Klassifizierung der Rechte**
 - o Freiheitsrechte: Recht auf Leben / Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit / Freiheit der Presse, der Wirtschaft und der Lehre / ökonomische Freiheit (Eigentum)
 - o Partizipationsrechte (Ermöglichung aktiver Teilhabe an Gestaltung des Gemeinwesens): Vereinigungsfreiheit / Wahlrecht / Demonstrationsrecht
 - o Soziale Anspruchsrechte (für ein menschwürdiges Leben – Aufgabe des Staates): soziale Absicherung / Bildung / Recht auf Arbeit
 - o Kulturelle, kollektive Rechte (von Entwicklungsländern eingebracht – noch keine volle Akzeptanz): Recht auf Entwicklung / auf kulturelle Eigenständigkeit / Nutzung der eigenen Sprache / Schutz der Umwelt
- **Haltung der Kirche**
 - o Zunächst scharfe Ablehnung („*Mirari vos*“ 1831, „*Syllabus errorum*“ 1864)
 - o Positiv konnotiert erst in „*Pacem in Terris*“ (1963) -> Mensch hat aufgrund seines Mensch-Seins unveräußerliche Rechte; fast alle Freiheits-, Partizipations- und soziale Anspruchsrechte werden zitiert
 - o Päpstliche Kommission „*Iustitia et Pax*“ (1976): Kirche nimmt sich in die Pflicht für die Menschenrechte zu „kämpfen“ -> JP II als „Vorkämpfer“
 - o Menschenrechte in der Kirche? JA, aber für Umsetzung des positiven Rechts (Recht auf Bildung, soziale Absicherung) ist Kirche als Nicht-Staat nicht zuständig
 - Partizipations- / Beteiligungsrechte aller Gläubigen in Kirche?
 - Verbot des weiblichen Priestertums als Verletzung des Menschenrechts auf Gleichberechtigung von Mann und Frau? [Kruip: JA]

11) Kirche als „Global Player“

- **Kirche selbst globalisiert?**
 - o Historische Perspektive: Ausbreitung des Christentums in römisch-hellenistischen Kulturkreis, dann Beteiligung an imperialistischen Expansionen vieler europäischer Staaten -> Entwicklung eines globalen Anspruch des Papstes
 - Ausbreitung sowohl Erfolgs- als auch wegen der vielen Verbrechen an der Menschlichkeit (viele Opfer etc.) eine Schuldgeschichte
 - o Katholische Kirche vertritt dabei oft eine „übernationale Identität“, zugleich aber römischer Zentralismus und Vatikanstaat als Völkerrechtssubjekt

- von der früheren Romanisierung der Kirche zur Internationalisierung Roms
 - Päpste werden offener, weniger Italiener im Kardinalskollegium
 - Viele Papstreisen, multikulturelles Team im Vatikan
- Formen internationales Agierens der katholischen Kirche: Hilfswerke, Partnerschaften, spiritueller und theologischer Austausch
- **Kirche als Akteur in einer globalisierten Welt**
 - auch wenn Päpste schon lang keine militärische und wirtschaftliche Macht sind, sind sie als moralische Instanz sehr wichtig (Reden vor der UNO, Mitwirken am Zusammenbruch des Sozialismus (JP II))
 - globales Medieninteresse
 - Vatikanstaat als Völkerrechtssubjekt -> viele diplomatische Beziehung, viele Auslandsreisen, viele Audienzen bei Regierungschefs (JP II -> 1022)
- **Kirchliche Positionen zur Globalisierung** (vgl. UNO & „Global Governance“)
 - Botschaft zum Weltfriedenstag 2009: klassischer Dreischritt (Sehen-Urteilen-Handeln)
 - Globalisierung als vom Menschen hervorgebracht, also auch lenkbar
 - „Menschheitsfamilie“ braucht einen (unabhängig vom Glauben einsehbar – dem Naturgesetz entsprechenden) „gemeinsamen Ethikkodex“
 - Warnung vor zu kurzfristigen Denken, dann Globalisierung gefährlich (vgl. Finanzkrise 2008)
 - Forderung einer weltweiten Zivilgesellschaft
- **Rückwirkungen der Globalisierung auf die Kirche**
 - Verlagerung des Schwerpunkts katholischer Kirchlichkeit nach Lateinamerika -> „Enteuropäisierung“ des Katholizismus
 - Verschärfung des innerkirchlichen Pluralismus (unterschiedliche Problemlagen, kulturelle Kontexte)
 - Verschärfung des Spannungsverhältnisses von Zentralismus und Subsidiarität (Zentrallösungen immer schwerer)

12) Ausgewählte politische Problemfelder – Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung

- **Neue Bedrohungslage**
 - Klassische Aufgaben des Staates: Kriminalitätsbekämpfung (nach innen) und Abwehr von Angriffen / Abschreckung (nach außen)
 - Neue Bedrohungslage durch „globalisierte Unsicherheit“: Massenvernichtungswaffen, international vernetzter Terrorismus, Menschenhandel (illegale Migration) und viele andere Dinge, die durch die erhöhte Mobilität der Menschen zur Gefahr werden können (internationaler Drogenhandel, Computer-Kriminalität, Waffenhandel und neue Krankheiten)
 - Wichtige Akteure: nationalstaatliche Polizei und Geheimdienste, EU, NATO und UNO (Weltsicherheitsrat und Blauhelmeinsätze)
 - Maßnahmen gegen Bedrohung: Ausbau von polizeilicher, militärischer und geheimdienstlicher Tätigkeiten, Überwachung mit moderner Technik, Rasterfahndung und internationale Zusammenarbeit
- **Schutzpflichten des Staates**
 - Staat entsteht, weil Einzelne sich schlechter nach Außen schützen können -> Pflicht des Staates für innere und äußere Sicherheit zu sorgen

- Spannung zwischen Sicherheitsinteresse des Staates und den individuellen Rechten der Bürger (Pflichtenkollision) -> je höher die Sicherheit, desto geringer persönliche Freiheit
=> das richtige Mittel zwischen beidem ist gefordert (!)
 - Gefährdete Individualrechte: Unverletzlichkeit der Wohnung [<-> Wanzen], Post- und Fernmeldegeheimnis [<-> Abhören / Briefe öffnen], evtl. auch Recht auf Leben oder körperliche Unversehrtheit
 - Besondere Probleme: Trennung von Kompetenzen (Einsatz der BW in Deutschland? -> verboten), notwendige Geheimhaltung – demokratische Kontrolle, präventive Aktionen (auch gegen Unschuldige), Notstandsrecht – Gefahr des Umschlagens in totalitären Staat
 - Bsp.: höchst umstrittenes Verhalten der USA nach dem 11.09.2001 (-> Gefangenenlager Guantanamo)
 - Moralische Dilemmata: Folter zur Rettung des Lebens Unschuldiger (-> Fall Jakob Metzler 2002) / Abschuss eines entführten Flugzeuges, das als Waffe eingesetzt werden soll (BVG-Urteil 2006) ->
- **Ausblick**
 - Gefahren werden nicht abnehmen, keine vollkommene Sicherheit möglich
 - Gefahr von Tabubrüchen (Freigabe von Rechte für den Notfall werden irgendwann im Normalfall angewendet – vgl. Verhörmethoden in USA)
 - in Dilemmata-Situation oft nur Kompromisse möglich, rechtlich oft nicht regelbar
 - Verstärkte internationale Zusammenarbeit notwendig

13) Ausgewählte politische Problemfelder – Friedenspolitik und humanitäre Interventionen

- **Problem**
 - Ausgangspunkt sind Menschenrechtsverletzungen in einem Staat oder Bürgerkriegssituationen mit Menschenrechtsverletzungen (u.a. Bürgerkrieg in Liberia, Diktatur von Saddam Hussein im Irak)
 - Verantwortung der Weltgemeinschaft -> Dürfen Menschenrechtsverletzungen mit militärischen Mitteln unterbunden werden? Wer darf das unter welchen Voraussetzungen tun? Wer darf die Entscheidung treffen?
 - Kritik an militärischen Einsätzen wegen:
 - Verletzung der staatlichen Souveränität – keine Einmischung von außen in innere Angelegen (Völkerrecht)
 - Verbot, Unschuldige zu töten (was sich bei Intervention nicht vermeiden lässt)
 - Gefahr des Misserfolges oder des Missbrauchs durch mächtige Staaten (um eigene Interessen durchzusetzen)
 - Grundsätzliche Ablehnung militärischer Gewalt (Pazifismus)
- **Die traditionelle Lehre vom „gerechten“ Krieg**
 - U.a. Cicero und TvA entwickelten Lehre zur Legitimation eines Krieges – **Kriterien:**
 - F Gerechter Grund (Bsp: Menschenrechtsverletzung)
 - Legitime Autorität (Bsp: Staat oder Staatenverbund, kein Privatmann)
 - Richtige Gesinnung (Ziel muss richtig sein; Bsp: Verbesserung der Lebensumstände)
 - Verhältnismäßigkeit der Mittel (Bsp: Atombombe eher Vernichtungswaffe)
 - Lehre vom „gerechten“ Krieg ist utilitaristisch (-> unschuldige Menschen sterben)
<-> BVG-Urteil zum Flugzeugabsturz

- **Kriteriologie für die Gegenwart** (bezogen auf „Humanitäre Interventionen“ – nicht für Selbstverteidigungskrieg etc.)
 - o Klassische Kriterien werden mit einer Ausnahme übernommen – „richtige Gesinnung“ wird, weil sie nicht überprüfbar ist, durch das Kriterium der „rechtmäßigen Durchführung“ ergänzt
 - o Gerechter Grund: „schwere“ Verletzungen der „grundlegenden“ Menschenrechte (≠ Bildungsrecht) -> Problem: Kriterium nicht richtig fassbar, wenig präzise
 - o Legitime Autorität: international zusammengesetztes Gremium, möglichst demokratisch global legitimiert (-> Probleme beim Weltsicherheitsrat der UNO) -> Problem: Was tun, wenn Autorität versagt?
 - o Verhältnismäßigkeit der Mittel: Krieg als letzte Option (andere Wege müssen probiert worden sein), Aussicht auf Erfolg muss gegeben sein, Zahl unschuldiger Opfer muss möglichst gering bleiben, Verantwortung für die Zeit nach Intervention -> Problem: Kriterium nicht richtig fassbar, wenig präzise
 - o Rechtmäßige Durchführung: Einhaltung des Völkerrechts, Gestaltung der Kriegshandlung zur Minimierung der Opfer, Einhaltung der Menschenrechte – insbesondere der Gefangenen (ansonsten bei „Humanitärer Intervention“ Verlust von Glaubwürdigkeit)
- **Ausblick**
 - o Fälle und Risiken werden zunehmen
 - o durch Globalisierung auch immer Verantwortung der Völkergemeinschaft
 - o gut wäre der Aufbau einer möglichst breit legitimierten Institution für die Entscheidungsfindung und die Unterstellung aller Staaten (auch der mächtigen) unter diese Institution

14) Ausgewählte politische Problemfelder – Zur Krise politischer Repräsentation in Deutschland

- **Begriff der politischen Repräsentation /**
 - o da ein gemeinsames Gespräch aller nicht möglich ist, Wahl von Vertretern
 - o Idee: Volksvertreter transportieren Interessen, Anliegen in den politischen Willensbildungsprozess und vertreten sie dort
 - o aber zugleich: eigenständige Rolle der Vertreter durch höhere Kompetenz und Zeit, sich in die Probleme einzuarbeiten -> nicht bloß Repräsentanz, sondern darüber hinaus
 - Voraussetzungen: gegenseitige Kenntnis, Transparenz und keine Dominanz der Eigeninteressen des Volksvertreter
 - Probleme: Komplexität der Probleme und Lösungen / Eigendynamik des politischen Wettbewerbs / Politik als „Beruf“ (-> Abhängigkeit) / Distanz zwischen Politiker und Bürgern
- **Hinweise auf eine Krise der politischen Repräsentation in Deutschland**
 - o Niedrige Wahlbeteiligungen
 - o zurückgehende Mitgliederzahlen der Parteien
 - o Politikverdrossenheit – insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (vgl. Shell-Studie 2006)
 - o Politiker genießen immer weniger Ansehen (Allensbacher Berufsprestige-Skala 2008)
- **Bewertung**
 - o im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht
 - o Ursachen: Erosion weltanschaulicher sozialer Milieus, nachlassende Parteibindung, Abnahme von Handlungsfähigkeit auf nationalstaatlicher Ebene

- Fragliche Deutungen: Ablehnung des politischen Systems, Glaubwürdigkeitsverlust der Politik, Anzeichen von Normalität und Zufriedenheit
- **Möglichkeiten der Bewältigung der Krise**
 - Stärkere Öffnung der Parteien zur Zivilgesellschaft
 - Glaubwürdigere Politiker und Programme
 - Mehr direkte Demokratie?
 - Politische Bildung (!)
 - Horst Köhler: Förderalismusreform (klarere Zuständigkeiten), Wahlbündelung (-> seltenere Wahlkämpfe, längere Legislaturperioden), mehr Einfluss der Wähler auf Wahllisten der Parteien, bessere Rahmenbedingung für bürgerschaftliches Engagement (als Mitgestaltungsmöglichkeiten)

15) Politische Bildung

- **Geschichte und Begriff**
 - nach NS-Zeit war Schulung in Demokratie nötig -> 1952: Gründung der „Bundeszentrale für politische Bildung“
 - Begriff: „Förderung der Entwicklung von Menschen zu eigenverantwortlichen, selbstbewussten, politisch interessierten und politisch kompetenten Staatsbürgern“
- **Notwendigkeit und Ziele**
 - Demokratie braucht diese politisch kompetenten Bürger (vgl. „Politische Tugenden“), ansonsten: Politikverdrossenheit, Legitimationskrise, Gefahr der Demagogie („Volksverführung“) und Anfälligkeit für politischen Extremismus
 - Ziele: Kenntnisse, Fähigkeiten, Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein und politischen Tugenden
- **Methodik und Didaktik**
 - Orte politischer Bildung: Schule und als lebensbegleitende Aufgabe (auch für Erwachsene – formelle (Vorträge etc.) und informelle (Diskussion im Freundeskreis etc.) Lernprozesse
 - Prinzipien
 - Subjekt- und Teilnehmerorientierung
 - Lebensweltorientierung – bei Interessen ansetzen
 - Handlungsorientierung – Lernen anhand und durch Aktionen (z.B. Einüben der Demokratie in Schule)
 - Beispiele: Lernen an Fallbeispielen, Planspiele, Projekte und Aktionen
- **Neue Herausforderungen**
 - Wachsende Politik(er)-Verdrossenheit
 - Zunehmende Unübersichtlichkeit des Politischen im Rahmen der Europäisierung und Globalisierung
 - Besondere Situation im Osten der BRD -> DDR-Aufarbeitung
 - Pluralisierung und Wegfall von traditionellen Milieus
 - Integrationsprobleme -> Forderung einer interkulturellen politischen Bildung
- **Politische Bildung im Religionsunterricht**
 - Nach den 68er -> Politisierung des RU-Unterrichts, heute illusorisch
 - Forderung nach mehr Inhalten (Problemthemen aus christlicher Perspektive angehen – auch sozialetische)
 - Authentizität wichtig: Umsetzung der Inhalte in Praxis